



Rathaus-Report

März/April_2007

Millionengräber des Senats

Ob Ortsumgehung Finkenwerder, Bau der U4 in die HafenCity oder Elbphilharmonie – die Kosten für Hamburgs Großbaustellen übersteigen schon vor dem eigentlichen Baubeginn die ursprünglichen Planungen um Millionenbeträge.

„Es ist nicht ungewöhnlich, dass Bauprojekte teurer werden als geplant. Dass dies aber schon vor dem ersten Spatenstich geschieht, gibt zu denken“, sagte der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **JAN QUAST**. Zuletzt war bekannt geworden, dass die Ortsumgehung Finkenwerder um 76 Prozent teurer werden (+21 Millionen Euro) soll, die umstrittene HafenCity U-Bahn um 17 Prozent (+43 Millionen Euro) und die Elbphilharmonie um 48 Prozent (+37,3 Millionen Euro). „Die jüngsten Kostensteigerungen sind erschreckend“, so Quast.

Nach Auskunft des Senats liegen die Gründe für die Kostensteigerungen in Stahlpreisen, Entschädigungen für die Untertunnelung privater Grundstücke, Kosten für die Entsorgung von Bodenaushub und der Kampfmittelräumung. Dabei sind im Zusammenhang mit dem Bau

der U-Bahn in die HafenCity die Angaben des Senats zu den zugrunde gelegten Stahlpreisen widersprüchlich. Und warum die Entschädigung für eine Unterquerung der Grundstücke in den ursprünglichen Berechnungen fehlte, ist spätestens seit dem Elbtunnel-Ausbau oder auch der Flughafen-S-Bahn unverständlich. Ebenso sind die Kosten für die Kampfmittelräumung schon seit längerem auf die Vorhabenträger übergegangen.

U4 schön gerechnet

„Entweder haben die Planer schlampig gearbeitet und nicht aus anderen Großprojekten gelernt oder sie hatten die politische Vorgabe, das umstrittene Projekt der U4 schön zu rechnen“, vermutete Quast. Die SPD-Fraktion hat angesichts der explodierenden Kosten ihre Ablehnung gegenüber der vom Senat verfolgten U4-Planung bekräftigt. „Die unterirdische Trassenführung ist ein Projekt, das in Hamburg außer der CDU niemand will“, so Quast. „Die jetzt bekannt gewordenen Kostensteigerungen bestärken uns in unserer ablehnenden Haltung.“ Trotz der Mehrkosten geht der Senat weiterhin von einer

Inhalt

Titel: Millionengräber des Senats	1
Aktuelles: Spitzenkandidat Naumann – HHLA an die Börse – Verfassungsgericht prüft Wahlrecht	2-3
Position: Michael Neumann im Interview – Fraktion vor Ort	4
Aus der Bürgerschaft: CDU knickt ein – Initiative gegen Jugendgewalt – Geplante Reform der Oberstufe – Kritik am Strafvollzugsgesetz	5-6
Hintergrund: Stadtteilschule kommt	7
Dialog: Empfang für Gartenfreunde – Randnotiz – Termine	8

Herausgeber:
Vorstand der Sozialdemokratischen Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

V.i.S.d.P.: Britta Ernst
Redaktion: Kathrin Flor, Christoph Holstein
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Telefon: (0 40) 4 28 31-13 25
Telefax: (0 40) 4 28 31-24 35
E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de
Internet: www.spd-fraktion-hamburg.de

Teilfinanzierung durch den Bund aus „298 Millionen Euro für nur etwas mehr als vier Kilometer Strecke sind erheblich zu viel, zumal ich schon jetzt die Prognose wage, dass es am Ende nicht dabei bleiben wird“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **KARIN TIMMERMANN**.

Das Phänomen steigender Baukosten ist nicht neu. Bereits für die Flughafen-S-Bahn mussten die Kosten zweimal von 225,5 Millionen Euro auf nun 280 Millionen Euro angehoben werden. Bei der Verlängerung der S-Bahn nach Stade ließ sich der Senat von Mehrkosten in Höhe von elf Millionen Euro Kosten durch die Deutsche Bahn AG überraschen. Während für die Stadtteile immer weniger Geld zur Verfügung steht, werden Prestigeprojekte zu Fässern ohne Boden. Es stelle sich die Frage, so Quast, „wofür der Senat in Hamburg Geld hat und wofür nicht“.

In den Blickpunkt der Kritik geraten ist die HafenCity nicht nur wegen der umstrittenen U-Bahn-Pläne des Senats. Auch die Architektur wird vielfach als kalt und abweisend beschrieben. Stadtentwicklungsexperte Quast warnte davor, die Kritik zu ignorieren. „Wir müssen jetzt die Weichen dafür stellen, dass die HafenCity ein lebendiger Stadtteil wird, in dem die Menschen gerne arbeiten und wohnen.“

Die SPD-Fraktion sprach sich erneut für die Schaffung einer Hamburger Stadtwerkstatt aus. Diese soll Menschen ermöglichen, über Stadtentwicklung, Städtebau und Architektur ins Gespräch zu kommen. „Hamburg braucht eine neue Planungskultur, die den Dialog zwischen Fachleuten und Laien, Politik und Bevölkerung fördert“, erläuterte Quast.

PRESSESPIEGEL

„Die Wahlkampfmaschine läuft auf Hochtouren – vor allem hinter den Kulissen. Denn der Wahlkampfschwerpunkt wird mit entscheiden, wer am Ende die Nase vorn hat.“ Hamburger Morgenpost vom 7. April 2007

„Wenn die Union überhaupt eine Chance hat, ihre absolute Mehrheit zu verteidigen, dann ist sie nur hauchdünn.“ Die Welt vom 24. März 2007

„Dass Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust für den Fall einer Wahlniederlage im kommenden Februar der Politik den Rücken kehren will, ist nicht neu. Dass von Beust das Selbstverständliche öffentlich noch einmal betont hat, ist strategisch ungeschickt.“ Hamburger Abendblatt vom 4. April 2007

„Beust hat zumindest endgültig klargestellt, dass Hamburg ein Personenwahlkampf im amerikanischen Stil bevorsteht.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. April 2007

„Naumann ist ein präsentabler und integrierender Kandidat, und die Hoffnung ist nicht unberechtigt, dass er ein harter Gegner für Bürgermeister Ole von Beust sein wird.“ taz vom 26. März 2007

„Mit Michael Naumann soll ein unberechenbarer Spitzenkandidat die zerstrittene Hamburger SPD zurück an die Macht führen.“ Focus vom 2. April 2007

„Die CDU hat sich schwer getan, den Überraschungscoup Naumann richtig zu verdauen.“ Die Welt vom 4. April 2007

„Für die CDU ist über Nacht ein ernst zu nehmende Gefahr erwachsen.“ Harburger Anzeigen und Nachrichten vom 26. März 2007

„Eine ausgeprägte Wechselstimmung gibt es in Hamburg bislang nicht. Auf Naumann wartet eine Herkules-Aufgabe.“ Hamburger Abendblatt vom 26. März 2007

Spitzenkandidat Naumann

Die Hamburger SPD wird mit dem ehemaligen Kulturstaatsminister Michael Naumann als Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl im Februar 2008 antreten. Naumann wurde am 24. März auf einem Landesparteitag mit 99,1 Prozent der Stimmen gewählt. Neuer Landesvorsitzender wurde ebenfalls mit großer Mehrheit der Bürgerschafts-abgeordnete Ingo Egloff.

Der 65-jährige Journalist und Publizist Naumann war bis zu seiner Nominierung als SPD-Spitzenkandidat Herausgeber der Zeit. Der Sozialdemokrat sammelte von Februar 1999 bis Dezember 2000 bereits Regierungserfahrung als Kultur-Staatsminister im Kabinett des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder.

Nach dem Studium der Politikwissenschaften in Marburg und München startete Naumann als Journalist beim Münchner Merkur. Später arbeitete er für die Zeit und den Spiegel. Zehn Jahre lang war Naumann Leiter des Rowohlt-Verlags. Danach führte er einen von ihm gegründeten Literaturverlag in New York. Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, **MICHAEL NEUMANN**, hat die Bereitschaft von Naumann begrüßt, die Spitzenkandidatur der Hamburger SPD bei den bevorstehenden Bürgerschaftswahlen zu übernehmen. „Michael Naumann verfügt über die wichtigen Voraussetzungen, die für einen erfolgreichen Wahlkampf in Hamburg notwendig sind: politische Kenntnisse, Erfahrung und den Blick nicht nur für große, sondern auch für kleine Zusammenhänge.“

HHLA an die Börse

Die monatelange Auseinandersetzung um den vom Senat geplanten Teilverkauf der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) ist entschieden. Statt eines Teilverkaufs soll es nun einen Börsengang geben.

Die SPD-Fraktion hat das Einlenken des Senats als „großen Erfolg für die Beschäftigten“ bezeichnet. „Es ist gut, dass das Herumgestümpere um den zentralen Hafenbetrieb jetzt zu Ende ist“, sagte der SPD-Wirtschaftsexperte und Parteivorsitzende **INGO EGLOFF**.

Der Senat habe sich das Bieterverfahren für einen Teilverkauf sparen können, wenn er von vornherein auf eine einvernehmliche Lösung mit den Arbeitnehmern gesetzt hätte. Diese hatten sich vehement gegen eine Teilprivatisierung gestemmt. „Finanzsenator und Bürgermeister bezeichnen den Hafen jetzt als Seele Hamburgs und Herz der Stadt, die HHLA als Juwel unter den Hamburger Unternehmen. Man fragt sich, warum beide mit Hafen und HHLA monatelang Schlitten gefahren sind.“

Rund 30 Prozent des Aktienkapitals der HHLA sollen als Stammaktien an der Börse angeboten werden. Mit den Erlösen will die Stadt den Hafen ausbauen. Insgesamt muss die Stadt bis 2015 fast 2,9 Milliarden Euro aufbringen, um den Hafen zukunftsfähig zu halten. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es unverständlich, dass der Senat die Finanzlücke bei den Hafeninvestitionen erst nach den Haushaltsberatungen offenbart hat. Sie beläuft sich auf gut eine Milliarde Euro.

Der monatelange Streit um die HHLA-Privatisierung sei ein weiteres Glied in einer Kette wirtschaftspolitisch ungeschickter Aktionen,

sagte Egloff mit Blick auf das Agieren des Senats beim gescheiterten Versuch einer Bahn-Beteiligung am Hamburger Hafen und dem „Gezere um Airbus“. „Schlimmer aber ist die Gefahr, der Wirtschaftsstandort Hamburg könne durch die Diskussion der vergangenen Monate Schaden genommen haben“, so Egloff.

Verfassungsgericht prüft Wahlrecht

Der Streit um den Umgang von Senat und CDU mit der direkten Demokratie beschäftigt das Hamburger Verfassungsgericht. Eine Urteilsverkündung wird für den 27. April erwartet.

Das Gericht befasst sich mit der Klage der SPD- und GAL-Abgeordneten der Bürgerschaft sowie der Wahlrechtsinitiative gegen die Veränderung des 2004 per Volksentscheid eingeführten Wahlrechts. „Mit ihrem Alleingang hat sich die CDU politisch isoliert. Nicht nur die beiden anderen Fraktionen der Bürgerschaft stehen gegen sie, sondern bis hinein in konservative Kreise stößt der rabiate Umgang mit den Bürgerrechten auf Ablehnung“, erklärten die beiden Wahlrechtsexperten von SPD und GAL, **ANDREAS DRESSEL** und Farid Müller. Der CDU-Gesetzesentwurf sei handwerklich schlecht gemacht und von Täuschungsmanövern durchsetzt.

Auch das Gericht äußerte, das neue Gesetz sei gegenüber dem abgeschafften Gesetz mehr als eine schlichte Optimierung. Kritisch betrachtete das Gericht die so genannten Relevanzschwelle, nach der sich ein Kandidat nur bei mindestens 30 Prozent der Stimmen auf der Wahlkreisliste gegen die Vorschläge der Partei durchsetzen kann.

NEWS

Bedenkliche Übernahme

SPD-Medienfachmann Uwe Grund hat sich skeptisch zur Mehrheitsübernahme des Springer-Verlages am städtischen Internetportal hamburg.de geäußert. „Mit der Übernahme vergrößert der Springer-Verlag die ohnehin bestehende Medienkonzentration in Hamburg“, so Grund.

Weniger Personal

Die Polizei hat laut Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage dieses Jahr nur 84 Nachwuchskräfte eingestellt - 56 weniger als geplant. Der Senat begründete die niedrigen Zahlen mit einer unzutreffenden Prognose bei den Pensionierungen. „Die Ausbildungszahlen in den Jahren 2005 bis 2007 wurden um fast 400 gegenüber den ursprünglichen Planungen reduziert“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Andreas Dressel.

Demonstratives Desinteresse

Die Vernehmung von Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram im PUA Protokoll-Affäre hat nach Auffassung der SPD-Fraktion eine „erschreckende Ahnungslosigkeit in zentralen Leitungsfragen der Sozialbehörde“ offenbart, so SPD-Obmann Andreas Dressel. Die Sozialsenatorin hatte ausgeführt, sie habe sich bei der Entlassung von Staatsrat Klaus Meister weder nach den genauen Vorwürfen noch nach den tatsächlichen Geschehnissen erkundigt.

Gemischte Bilanz

Die SPD-Fraktion hat eine gemischte Bilanz der Hamburger Kriminalitätsentwicklung gezogen. „Die Opferzahlen stiegen durch die wachsende Gewaltkriminalität um 5,1 Prozent. Für die zur Schau getragene Selbstzufriedenheit gibt es trotz sinkender Gesamtkriminalität keinen Anlass“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Andreas Dressel.

AUS DER FRAKTION

SABINE BOEDDINGHAUS bot am 20. März eine Bürger- und Elternsprechstunde in ihrem Abgeordnetenbüro im Schloßmühlendamm an.

GESINE DRÄGER eröffnete am 29. März die Ausstellung „Einmal hin und zurück“ mit Werken der Hamburger Künstlerin Gabriele Wendland in den Fraktionsräumen des Rathauses.

WILFRIED BUSS hatte am 30. März die Hamburger Schulpersonalräte im Kaisersaal des Rathauses zu Gast.

UWE GRUND lud am 30. März zur Bürgersprechstunde im Osdorfer Stadtteilbüro Borncenter ein.

DOROTHEE STAPELFELDT moderierte am 4. April die Veranstaltung „Zukunft für Hamburgs Bücherhallen“ im Kaisersaal des Rathauses.

MICHAEL NEUMANN begrüßte am 5. April Ralf Stegner, Innenminister von Schleswig-Holstein, zum Vortrag „Sozialdemokraten und das liebe Geld“ im Kaisersaal des Rathauses.

MONIKA SCHAAL war am 19. April beim 30. Rätstreffen des Zukunftsrats zu Bausteinen für eine Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie im Rudolf-Steiner Haus am Mittelweg.

24 ABGEORDNETE DER SPD-FRAKTION reisten am 23. und 24. April nach Brüssel. Auf dem Programm standen Gespräche zu den Themen Hochschulmodernisierung, Terrorismusbekämpfung, Energiepolitik, Klimaschutz, Verkehr und Europäischer Sozialfonds.

BARBARA DUDEN besuchte am 25. April die „Orientalische Nacht 2007“ der Hamburger Vertretung beim Bund in der Berliner Jägerstraße.

BRITTA ERNST und **ANDREA HILGERS** luden am 26. April zur Veranstaltung „Mit Bildung früher anfangen“ in den Gemeindesaal von St. Petri in der Schillerstraße.



„CDU wird nervös“

Fraktionschef Michael Neumann im Interview

Herr Neumann, Bürgermeister von Beust hat erklärt, er werde sich im Falle einer Niederlage bei der Bürgerstenschaftswahl 2008 aus der Politik zurückziehen. Taktik oder Fauxpas?

Falls es Taktik gewesen sein sollte, war sie nicht unbedingt klug gewählt. Die CDU wird offensichtlich nervös. Von Beust hat Probleme mit einem

Herausforderer Michael Naumann, der selbst in der CDU als ebenbürtig bewertet wird. Wir dürfen uns auf einen spannenden Wahlkampf und eine interessante Auseinandersetzung freuen.

Nun hat es sich die SPD mit der Wahl ihres Spitzenkandidaten ja nicht unbedingt leicht gemacht...

Ich bin froh darüber, dass die Hamburger SPD mit der Aufstellung von Michael Naumann als Spitzenkandidaten und der Wahl von Ingo Eglhoff zum Landesvorsitzenden den Weg aus einer ziemlich schwierigen Situation gefunden hat. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Michael Naumann, und ich schätze Ingo Eglhoff. Er hat nicht zuletzt in den letzten Wochen so wirkungsvoll wie zurückhaltend bewiesen, welchen Wert er für die Hamburger SPD hat. Ich denke, wir haben allen Grund optimistisch in die Zukunft zu blicken.

Worin sehen Sie die Schwerpunkte der Fraktionsarbeit in den kommenden Monaten?

Wir werden die Themen der sozialen Spaltung der Stadt, faire Bildungschancen für alle und den Umgang der CDU mit der Volksgesetzgebung weiter voranbringen. Die Bürger haben mit zwei erfolgreichen Volksinitiativen eindeutig klar gemacht: Hände weg vom Volksentscheid. Wenn die CDU glaubt, sie könne mit halbherzigen Zugeständnissen zerschlagenes Porzellan wieder kitten, hat sie sich geirrt. Wir werden alles daran setzen, dass Volksentscheide auch eine rechtlich bindende Wirkung für künftige Senate haben.

Fraktion vor Ort: Eimsbüttel

Am 26. März 2007 hat die SPD-Fraktion im Rahmen ihrer Reihe „Fraktion vor Ort“ in Eimsbüttel getagt. Zu Gast waren Dagmar Engels und Susanne Meyer vom Mütterzentrum Eimsbüttel.

Die beiden Gäste stellten die Pläne für ihr künftiges Mehr-Generationen-Haus in der Sankt-Stephanus-Kirche vor, das sich mit Hilfe von Bundesmitteln aus dem Mütterzentrum entwickeln soll. „Neue Angebote werden entstehen und viele Stadtteilbewohner mit einbeziehen“, sagte Engels.

Zuvor hatten die Abgeordneten bei ihrem Stadtteilrundgang das Mütterzentrum und den Verein Lenzsiedlung für Kinder- Jugend- und Gemeinwesen besichtigt. Zum Abschluss des Tages gab es ein Treffen mit Stadtteilaktiven im Hamburg-Haus.

CDU knickt ein

Nach zwei erfolgreichen Initiativen hat die CDU ihre Haltung zur Volksgesetzgebung in Teilen ändern müssen. „Die CDU ist mit dem Erfolg der Volksbegehren endgültig auf der Verliererstraße angekommen“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, **ANDREAS DRESSEL**.

Beide Volksbegehren „Rettet den Volksentscheid“ und „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ haben ohne Probleme die erforderlichen 60.747 gültigen Unterschriften erreicht, trotz der von der CDU für die Stimmabgabe eingeführten Hindernisse. Insgesamt unterstützen jeweils 100.000 Hamburger mit ihrer Unterschrift die Wiedereinführung eines fairen Verfahrens für Volksbegehren.

Das Volksbegehren „Rettet den Volksentscheid“, mit dem erneut eine Unterschriftensammlung auf der Straße ermöglicht werden soll, will die Union jetzt akzeptieren. Da SPD und GAL das Anliegen unterstützt haben, wird die Bürgerschaft eine entsprechende Gesetzesregelung einstimmig beschließen können. Die zweite Initiative „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ dagegen lehnt die CDU weiterhin ab. Sie sah eine verfassungsrechtlich bindende Wirkung der Volksgesetzgebung vor. Die Union will jedoch weiterhin Bürgerschaft und Senat ermöglichen, ein Volksbegehren ignorieren zu können, wie zuletzt beim Verkauf der Krankenhäuser und beim Wahlrecht geschehen.

Die SPD-Fraktion hat die Entscheidung der CDU zur Volksgesetzgebung als „Versuch einer Schadensbegrenzung“ bezeichnet. „Die CDU will lediglich ihre Angriffe gegen die direkte Demokratie ver-

tuschen“, sagte Fraktionschef **MICHAEL NEUMANN**. Entscheidend sei, dass Volksentscheide akzeptiert werden. „Hier ist die CDU so uneinsichtig wie zuvor.“

Initiative gegen Jugendgewalt

Ende März debattierte die Bürgerschaft das von der SPD vorgelegte Elf-Punkte-Konzept gegen Jugendgewalt. Nach Ansicht der SPD ist der CDU-Senat mit seinem Konzept gescheitert.

„Wir plädieren für einen politischen Neuanfang, der gleichermaßen auf Prävention und Repression setzt“, sagte **SABINE BOEDDINGHAUS**. Die SPD-Abgeordnete forderte den Senat auf, „ein vernünftiges Verhältnis zwischen präventiven und repressiven Handlungsoptionen herzustellen“. Es müsse alles getan werden, um eine höhere Wirksamkeit bei der Bekämpfung der Jugendgewalt zu erreichen.

Die SPD-Fraktion setzt in dem von ihr in die Bürgerschaft eingebrachten Gesetzentwurf auf eine Untersuchung der Entstehungszusammenhänge und Ursachen von Jugendgewalt. „Um dies herauszufinden, brauchen wir eine systematische und objektive Evaluation der erprobten Gegenmaßnahmen“, so Boeddinghaus.

Gesetzesverschärfungen im Jugendstrafrecht sieht der SPD-Entwurf ebenfalls vor. „Wir wollen Fahrverbot, Meldeaufgabe, Vorführebefehl bei beschleunigten Verfahren und in begründeten Fällen auch die nachträgliche Sicherungsverwahrung erlauben“, erläuterte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, **ANDREAS DRESSEL**.

Die SPD fordert in ihrem Elf-Punkte-Katalog zudem, Anti-Ge-

INITIATIVEN

Aufklärungskampagne

Die SPD-Fraktion hat sich für eine Aufklärungskampagne über Homosexualität an Hamburgs Schulen stark gemacht. „Wir wollen, dass sich Jugendliche in der Coming-Out-Phase nicht allein gelassen fühlen. Ebenso wichtig ist das Werben für Akzeptanz“, sagte Lutz Kretschmann-Johannsen, Fachsprecher für Lesben und Schwule.

Schuldenbremse

Beim Thema Neuverschuldung sieht sich die SPD-Fraktion durch die Empfehlungen der Sachverständigen im Haushaltsausschuss bestätigt. „Während die CDU eine einfache gesetzliche Grenze in der Landeshaushaltsordnung bevorzugt, schlagen wir die in der Schweiz praktizierte klare Regel der Schuldenbremse vor“, sagte Finanzexperte Walter Zuckerer. Diese sieht eine Verankerung in der Verfassung vor.

Rettungsversuch

Die SPD-Fraktion unternimmt mit einem Antrag in der Bürgerschaft einen neuen Anlauf, um die „Nacht der Jugend“ im Rathaus zu retten. Die Veranstaltung anlässlich der Pogromnacht von 1938 hatte im vergangenen Jahr erstmals stattgefunden und 3000 Jugendliche angezogen. Sie soll aber aus Kostengründen in diesem Jahr ausfallen.

Obdachlosenhilfe

Die SPD-Fraktion hat das Fachstellenkonzept für Wohnungsnotfälle als „an einem entscheidenden Punkt ineffizient“ bezeichnet. „An jedem Arbeitstag werden in Hamburg durchschnittlich acht Wohnungen geräumt. In jeder dritten leben Kinder“, sagte SPD-Sozialpolitiker Uwe Grund. Die Fachstellen zur Wohnungssicherung hätten offensichtlich Kapazitätsprobleme.



HIGHLIGHTS

„Da läuft etwas gewaltig schief. Sie geben sich alle Mühe, dass die HafenCity so hässlich aussieht wie die City Nord.“
CLAUDIUS LIEVEN (GAL)

„Damit stellen Sie sich in die Reihe der Miesmacher und derjenigen, die dort nicht zum Zuge gekommen sind.“
HANS-DETLEF ROOCK (CDU)

„Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die Kritik nicht einfach abtun dürfen.“ JAN QUAST (SPD)

„Die HafenCity ist ein Juwel, um das uns die ganze Welt beneidet.“ MICHAEL FREYTAG (CDU)

„Mittlerweile bilden Herrn Freytags Fehlplanungen eine lange Kette von Argumenten gegen die Qualifikation für sein derzeitiges Amt als Finanzsenator.“
JÖRG LÜHMANN (GAL)

„Sie werden weltweit kein vergleichbares Projekt finden, das so viel Wert auf Qualität legt.“ AXEL GEDASCHKO (CDU)

„Vielleicht will der Senat die bisweilen schwache Architektur in der HafenCity vor den im Tunnel fahrenden Menschen verstecken.“ KARIN TIMMERMANN (SPD)

„Hamburg im Jahre 2015 wird nicht damit aufgebaut, dass man mit der Gießkanne kleinere Beträge ausgibt.“
OLE VON BEUST (CDU)

„Beust hat bei der direkten Demokratie einen moralischen Verfassungsbruch in Serie begangen.“ ANDREAS DRESSEL (SPD)

„Der Bürgermeister tut nun so, als habe er Volkes Wille verstanden. Doch während er die eine Hand vorgeblich milde dem Volk reicht, holt er mit der anderen bereits zur nächsten Ohrfeige aus.“
CHRISTA GOETSCH (GAL)

„Etwas Enttäuschung bleibt, weil wir den Weg, den wir zuvor gegangen sind, für den richtigen halten.“ KAI VOET VAN VORMIZEELE (CDU)

„Die Änderung der Verfassung darf nicht einer Minderheit überlassen werden.“
BERND REINERT (CDU)

walt-Trainings in der Frühphase einer kriminellen Karriere. Daneben soll es eine Entwaffnungsstrategie geben, um insbesondere die Messer-Gewalt einzudämmen. Auch spricht sich die SPD für das Verbot von so genannten Killerspielen und von Gewalt verherrlichenden Filmen aus.

Geplante Reform der Oberstufe

In einem gemeinsam eingebrachten Zusatzantrag haben die Bürgerchaftsfraktionen von SPD und GAL gefordert, das bestehende System der Grund- und Leistungskurse an den gymnasialen Oberstufen nicht abzuschaffen. Es soll vielmehr erhalten und modernisiert werden.

Der CDU-Senat plant zum Schuljahr 2008/09 eine neue gymnasiale Oberstufe. Das bisherige Leistungs- und Grundkurssystem soll abgeschafft und die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch als vierstündige Prüfungsfächer festgelegt werden. „Zur Bildung einer Profiloberstufe ist es nicht notwendig, das bisherige Kurssystem abzuschreiben“, sagte WILFRIED BUSS, schulpolitischer Sprecher der Fraktion. „Die gymnasiale Oberstufe mit den fünfständigen Leistungs- und dreistündigen Grundkursen hat sich grundsätzlich bewährt.“ Die Schüler könnten eigenverantwortlich ihre Schwerpunkte wählen - auch mit Blick auf ein Studium oder den angestrebten Beruf.

SPD und GAL fordern in ihrem Antrag, das bisherige System der Leistungs- und Grundkurse beizubehalten und eine Profiloberstufe einzuführen, die einerseits einen fächerübergreifenden und projektorientierten Oberstufenunterricht ermöglicht, andererseits die indivi-

duelle Wahlmöglichkeit der Schüler erhält. Möglich sein soll, dass auch zwei Leistungskurse in ein Profil eingehen und als Prüfungsfächer ausgewählt werden können.

Kritik am Strafvollzugsgesetz

Die SPD-Fraktion hat skeptisch auf die Äußerungen von Justizsenator Carsten Lüdemann zu einem neuen Strafvollzugsgesetz reagiert. „Die Ankündigungen der Justizbehörde lassen nichts Gutes ahnen“, sagte der rechtspolitische Sprecher der Fraktion, ROLF-DIETER KLOOß.

Das neue Gesetz soll den Strafvollzug in 130 Vorschriften regeln. Erwachsenen- wie Jugendstrafvollzug werden zusammengefasst, Vollzugslockerungen strikter gehandhabt. Regelvollzug soll nicht der offene, sondern der geschlossene Strafvollzug werden.

Rechtsexperte Klooß bemängelte das Fehlen konkreter Aussagen zum Jugendstrafvollzug. Im Bereich des Erwachsenenstrafvollzuges bestehe objektiv kein Änderungsbedarf. Ändern müsse sich dagegen das Verhalten der Justizbehörde, die wiederholt offene Renitenz gegenüber den Anordnungen der Strafvollzugskammern des Landgerichts an den Tag gelegt habe.

Der SPD-Rechtsexperte bemängelte, dass sich der Justizsenator zu den Teilen des Gesetzes, die sich mit den jugendlichen Gefangenen befassen, gar nicht geäußert hat. „Es war schon verdächtig, dass Senator Lüdemann nicht bereit war, sich dem parteiübergreifenden Gesetzesentwurf von zehn Bundesländern anzuschließen. Die SPD hat auch vor diesem Hintergrund allen Anlass, diesen Senatsentwurf kritisch unter die Lupe zu nehmen.“

Stadtteilschule kommt

Die CDU hat mit ihrer Mehrheit in der Bürgerschaft eine Reform der Hamburger Schulstruktur beschlossen. Sie sieht die Einführung des so genannten Zwei-Säulen-Modells aus Stadtteilschule und Gymnasium vor. Grundlage des Beschlusses ist die Arbeit der Enquete-Kommission der Bürgerschaft zur Hamburger Schulentwicklung, die fast 200 Empfehlungen erarbeitet hat.

Einen entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion zur Umsetzung der Beschlüsse der Enquete-Kommission lehnte die SPD dennoch in Teilen ab, da sie langfristig die Stadtteilschule als „Schule für alle“ anstrebt. „Wir haben lange intensiv und sorgfältig darum gerungen, auf welchen Wegen das Hamburger Schulsystem zu verbessern ist“, sagte Britta Ernst, SPD-Obfrau in der Kommission. „Nun liegen die umfangreichen Empfehlungen der Enquete-Kommission vor, an denen sich die Schulpolitik aller Parteien und Fraktionen in der Zukunft messen wird. Niemand kann es sich leisten, hinter dieser Empfehlungen zurückzufallen.“

Auf Antrag von SPD und GAL beschloss im Januar 2006 die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig die Einsetzung der Enquete-Kommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“. Ein Jahr lang beriet sich die siebzehnköpfige Kommission aus Experten und Bürgerschafts-abgeordneten.

Ausgangspunkt der Enquete-Kommission waren neben den ungenügenden Leistungen der Hamburger Schüler in Bildungsstudien vor allem die deutlich gewordene, große soziale Ungerechtigkeit des bestehenden Schulsystems. Insbesondere die Krise der Hamburger Hauptschulen hat Handlungsdruck erzeugt. Auf dem Prüfstand standen alle Bereiche des Hamburger

Bildungswesens – von den Kindertagesstätten bis zur Berufsbildung, von der Unterrichtsqualität bis zur Struktur des Schulsystems.

Der Auftrag der Enquete-Kommission umfasste fünf wichtige Ziele: PISA-Risikogruppen senken, das Bildungsniveau heben, die Qualität von Schule verbessern, die Bildungsfinanzierung überprüfen und die Vielgliedrigkeit des Hamburger Schulsystems reduzieren.

Abschaffung der Hauptschule

Mit den Beschlüssen der Enquete-Kommission zur zukünftigen Schulstruktur verabschiedet sich Hamburg unwiderruflich vom dreigliedrigen Schulsystem. „Die Abschaffung der Hauptschule und die Entwicklung von Stadtteilschulen wird das hamburgische Schulsystem nachhaltigen verbessern“, so Ernst. Auch der Abbau des Sitzenbleibens und weniger Schulformwechsel und Abschlüssen seien richtige Schritte.

Die SPD hat in die Enquete-Kommission einen eigenständigen Vorschlag zur Veränderung der Schulstruktur eingebracht. Bedauerlich aus Sicht der Sozialdemokraten ist es, dass sich die CDU nicht dazu durchringen konnte, die Perspektive einer „Schule für alle“ nach skandinavischem Vorbild anzustreben. Hier blieb es bei einem Minderheitenvotum von SPD und GAL. „Fest steht, dass eine Entwicklung von Gymnasien zu Stadtteilschulen nur im Konsens erfolgen kann und ohne



Die Herkunft soll künftiger weniger Einfluss auf den Erfolg in der Schule haben.

Zustimmung der Schulkonferenz nicht stattfinden wird“, erläutert Ernst. „Auf dem Weg zu einer Schule für alle wird es ein Nebeneinander von Stadtteilschulen und Gymnasien geben““

Die Stadtteilschulen sollen aus Sicht der SPD nach Möglichkeit als Ganztagschule geführt werden. „Die Schulen müssen attraktiv ausgestaltet werden, um langfristig zu Erfolg und Akzeptanz zu führen“, forderte Ernst. Wesentliche Vorarbeiten für die Stadtteilschule wurden von den Gesamtschulen erbracht. Strukturelemente der Gesamtschulen sollen in die Praxis der Stadtteilschule einfließen.

Schulreformen könnten eine Gesellschaft nicht direkt verändern. „Ein gutes Bildungssystem aber ist Grundlage für ein eigenständiges und zufriedenstellendes Leben. Ein gutes Bildungssystem eröffnet der nächsten Generation die Chance auf sozialen Aufstieg“, betonte Ernst. Es müsse endlich Schluss damit sein, dass „die Qualität der Schulbildung vom Bücherbestand und der Dicke des Portemonnaies der Eltern abhängt“.

Alle Empfehlungen und Hintergrundinformationen sind ab Ende März 2007 im Bericht der Enquete-Kommission nachzulesen auf der Webseite der Hamburgischen Bürgerschaft - <http://www.hamburgische-buergerschaft.de>.



RANDNOTIZ

Eines zumindest steht fest: Der Wahlkampf um die besten Plätze in der Bürgerschaft im kommenden Februar wird mit Sicherheit nicht langweilig. Die Sozialdemokraten ließen einmal tief in die Abgründe der Politik

blicken, bevor sie sich mit der Aufstellung ihres Spitzenkandidaten wieder auf den Pfad der Vernunft begaben. Die GAL sonnt sich in ihrer Rolle als umworbene Braut und flirtet ungeniert durch den Hamburger Frühling. Die CDU zeigt erste Anzeichen von Nervosität, indem Fraktionschef Reinert unsouverän und in kleinkrämerischer Manier die erste Rede von SPD-Spitzenkandidat Michael Naumann auseinandernimmt. Und Ole droht dem Wahlvolk schon mal ein Jahr zuvor an - entweder ihr wählt mich oder ich wandere in den Hamburger Geldsäcke-Vorort nach Sylt aus. Wohlwissend, dass die Hamburger eher ihn als seine CDU wählen. Bunt dürfte es auch an den linken und rechten Rändern werden. Roger Kusch verkündete schon mal seinen Einzug in die Bürgerschaft per Direktmandat im Wahlkreis Blankenese. Hier gebe es eine breite Klientel für seine HeimatHamburg-Partei aus verkorkster Identitätssuche und Islamangst. Wenn er da mal nicht den Hamburger Geldadel unterschätzt. In jedem Fall wird das neue Wahlrecht in seiner Mischung aus Volkstentscheid, CDU-Änderung und Verfassungsgerichtsmeinung die Kandidatenlisten für die Bürgerschaft ordentlich durcheinander wirbeln. Da wird es im Wahlkampf noch einen hübschen Wettbewerb um die originellste Selbstdarstellung geben.



Empfang für Gartenfreunde

Anlässlich des 100. Geburtstages des Landesbundes der Gartenfreunde hat die SPD-Fraktion am 2. April zum Empfang in den Kaisersaal des Rathauses geladen. SPD-Spitzenkandidat Michael Naumann würdigte vor den rund 330 Gartenfreunden das gesellschaftliche Engagement der Hamburger Kleingärtner. Die rund 4000 Ehrenamtlichen in den über 300 Vereinen bewiesen, dass es „ein Gemeinschaftsgefühl jenseits von anonymen Massenveranstaltungen gibt.“

Naumann äußerte die Befürchtung, „dass hinter dem Senatskonzept der wachsenden Stadt die Gefahr einer zuwachsenden Stadt lauert“. Er verwies dabei auf einen Vorstoß der CDU-Mehrheit in der Bürgerschaft, das Bundeskleingartengesetz zu novellieren. Die Umwandlung der Lauben über Wochenendhäuser in Eigenheime sei dabei nicht auszuschließen. „Der Geist dieses Vorstoßes ist klar. Es ist der Geist des Immobilienhandels“, sagte Naumann.

Der SPD-Spitzenkandidat übte Kritik am Umgang des Senats mit den Hamburger Kleingärtnern. So sei durch eine parlamentarische Anfrage der SPD-Abgeordneten **MONIKA SCHAAL** ans Licht gekommen, dass nach Wunsch des Senats bis zu 6000 Kleingärten für Wohnungsbau oder Gewerbe geräumt werden sollten. Die SPD werde „pflöglich mit dem Schatz der Hamburger Kleingärten umgehen“, versprach Naumann. „Wir kennen den historischen Ursprung dieser grünen Inseln mitten in unserer Stadt. Es waren die Arbeiter und Angestellten Hamburgs, die hier ihr persönliches Glück suchten und fanden.“

Mit einem Grußwort gratulierte die aus Krankheitsgründen verhinderte Staatssekretärin beim Bundesminister für Stadtentwicklung, Karin Roth, dem Hamburger Landesbund zu seinem Jubiläum.

Möchten Sie:

- den Rathaus-Report bestellen.
- den Email-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- den Bildungs-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen.
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen.
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

Dann schreiben Sie uns:

SPD-Bürgerschaftsfraktion
Hamburger Rathaus (3. Stock)
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 428 31 13 25, Fax: 428 31 24 35
Email: info@spd-fraktion-hamburg.de

TERMINE

- 23.-27. April 2007**, Jugend im Parlament, Rathaus
- 1. Mai 2007, 11.00 Uhr**, Maidemonstration, Besenbinderhof, Gewerkschaftshaus
- 7. Mai 2007, 18.30 Uhr**, Bundesrepublik Europa? – Wohin steuert die EU?, Rathaus, Bürgersaal
- 9. Mai 2007, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal
- 23. Mai 2007, 19.00 Uhr**, Empfang der Fraktion für Schulsekretärinnen, Rathaus, Kaisersaal
- 6./7. Juni 2007, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal
- 11. Juni 2007, 18.00 Uhr**, Empfang der Fraktion für Eltern von Kita- und Schulkindern, Rathaus, Kaisersaal
- 20. Juni 2007, 15.00 Uhr**, Bürgerschaft, Rathaus, Plenarsaal